



Luzern, 10. Februar 2010

## Medienmitteilung

### VSPB verlangt hartes Durchgreifen bei Gewalt gegen die Polizei

Randalierende Fans nach Sportveranstaltungen, handgreifliche Automobilisten bei Kontrollen, schiess- und prügelwütige Delinquenten, die sich einer Verhaftung entziehen wollen – solche und zahlreiche andere Übergriffe auf die Polizei mehren sich in der jüngeren Vergangenheit. Die Berichte über verletzte Polizistinnen und Polizisten nehmen ein Mass an, das für den Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB nicht mehr tragbar ist. «Die Statistik zeigt alarmierende Zahlen: allein zwischen 2000 und 2008 stieg die Zahl von Gewalttaten gegen die Polizei um über 160 Prozent», verdeutlicht VSPB-Generalsekretär Max Hofmann. Noch verheerender ist die Entwicklung in der benachbarten EU Länder wie z.B. Deutschland. Der Polizeibeamtenverband will die besorgniserregenden Missstände, die auch hierzulande herrschen, nicht tatenlos hinnehmen und fordert endlich Massnahmen. In einer Petition verlangt die schweizweit aktive Organisation mit über 23'000 Mitgliedern:

- die Wiedereinführung kürzerer Haftstrafen
- die Erhöhung der Mindeststrafe bei Gewalt und Drohung gegen Beamte und Behörden (Art. 285 StGB)
- eine Verdoppelung des Strafmasses bei Wiederholungstaten im Zusammenhang mit Art. 285 StGB, wie es in Frankreich bereits seit langem praktiziert wird.

«Die Politik muss endlich handeln, und zwar rasch!», unterstreicht Max Hofmann. Für ihn und seinen Verband ist der Schutz der Polizeimitarbeitenden eine zentrale Aufgabe, die der Staat nicht länger auf unverantwortliche Art vernachlässigen darf. Gleichzeitig appelliert er an die Strafverfolgungsbehörden, ihren Spielraum in Fällen von Gewalt gegen die Polizei voll auszunutzen. Er bemängelt, dass Gewaltakte gegen Polizistinnen und Polizisten sowie andere Repräsentanten des Staates viel zu oft bagatellisiert und die Täter mit Samthandschuhen angefasst werden. «Diese Praxis geht vollumfänglich zu Lasten des Respekts gegenüber dem Staat, seinen Behörden und deren Vertretern, was unmittelbare negative Auswirkungen auf die innere Sicherheit hat», beklagt er.

---

Weitere Informationen erteilen:

Max Hofmann, Generalsekretär, Tel. 076 381 44 64